

Zum Rechtspopulismus in Europa.

Gründe und Gegenstrategien.

Paul M. Zulehner, Wien

Wachsende Teile der Bevölkerungen Europas bewegen sich politisch schon seit der Mitte der Neunzigerjahre nach rechts. Dass in jüngster Zeit eine große Zahl von Schutzsuchenden aus den Kriegsgebieten im Nahen Osten, Afghanistan oder Afrika nach Europa gekommen ist, kann also allein diese Entwicklung nicht erklären. Der Zuzug von friedensuchenden Menschen ist eher eine Lesehilfe für diese schon laufende Entwicklung, verstärkt sie allerdings auch. Die wahren Ursachen liegen tiefer. Daher ist auch zu erwarten, dass nach einem erhofften baldigen Ende der vielen Kriege in der Nähe Europa die Rechtsbewegung auf dem Kontinent keinesfalls aufhören wird. Es wäre eine trügerische Hoffnung, darauf zu setzen. Eine differenzierende Analyse über die wahren Gründe ist ebenso angebracht wie eine fundierte Gegenoffensive, falls man die rechtspopulistische Entwicklung für schädlich hält.

Umbrüche

Darin ist sich die Wissenschaft einig: Die politische Rechtsbewegung hat mit tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbrüchen zu tun. Diese erfolgen mit atemberaubender Geschwindigkeit. Angetrieben werden sie durch naturwissenschaftliche Erkenntnisse und technologische Errungenschaften. Die Erfolge in den Wissenschaften wachsen in immer kürzerer Zeit, verändern die Produktionsweisen (man denke an Wirtschaft 4.0), aber auch die Mittel der Kommunikation. Die Welt eint sich wirtschaftlich und ökologisch, zugleich hat sich der Terror globalisiert und prägende Krisen haben Weltdimension. Nicht einmal alle hoch gebildeten Menschen kommen mit der Entwicklung und ihrem Tempo zurecht. Von den weniger gebildeten Schichten ganz zu schweigen.

Typisch für die Entwicklung ist, dass sie für die große Mehrheit „unübersichtlich“ geworden ist – Jürgen Habermas redet von der „neuen Unübersichtlichkeit“ (Habermas, Jürgen: Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt 1985). Zugleich haben in den letzten Jahrzehnten in allen Ländern Europas – im Westen seit 1968, im Osten seit 1989 - die Freiheitsgrade zu genommen. Was als repressiv für die Freiheit empfunden wurde, erlitt eine markante Schwächung. Das widerfuhr Normen, Autoritären und Institutionen. So kam es aber nicht nur zu einer Aufwertung des Individuums, sondern zugleich auch zur Privatisierung vieler Risiken. Von „riskanten Freiheiten“ (Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth: Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften, Frankfurt 1994) ist die Rede.

Diese neuen Anforderungen an die persönliche Lebensführung bringt eine gut gebildete, Ich-starke und daseinskompetente gesellschaftliche Elite nicht aus der Fassung. Zugleich macht sie aber große Mehrheiten in den Bevölkerungen fassungslos. Die Schere zwischen Anforderungen und entsprechende Kompetenzen geht bei einer wachsenden Zahl von Zeitgenossinnen und

Zeitgenossen zunehmend auseinander. Zumal die Zahl junger Menschen (primär unter den Männern) wächst, welche inmitten der von Generationen erkämpften Europäischen Freiheitsgesellschaften die lästige Last der Freiheit wieder loswerden wollen. Das begünstigen einige markante gesellschaftliche Faktoren. Ich-Stärke und mit ihr Daseinskompetenz entwickeln sich für gewöhnlich in den ersten Lebensjahren in stabilen familialen Netzwerken in förderlich-fördernder Auseinandersetzung mit elterlichen Menschen, Müttern und Vätern. Bei dieser Aufgabe erleben sich aber nicht wenige berufstätige Eltern zunehmend überfordert. Nicht selten ist das Familiensystem ramponiert. Nicht förderlich zur Ausbildung widerstandsfähiger Ichstärke ist die oral gestimmte Konsumkultur, die von der Verführbarkeit der Bürgerinnen und Bürger profitiert.

Wachsenden Herausforderungen stehen also bei einer beträchtlichen Zahl von Bürgerinnen und Bürgern schrumpfende Daseinskompetenzen gegenüber. Die Sozialen Medien, von denen man auf den ersten Blick einen Zuwachs an kommunikativer Vernetzung erhoffen kann, führen eher zur ausufernden Entnetzung der realen Personen und schaffen im Rahmen virtueller Kollektive viele Alleingelassene und Vereinsamte. Die Ausbildung stabiler und handlungskompetenter Identitäten hat es in solchen Zusammenhängen nicht leicht. Sich Fügen und Einfügen ist „in“.

Identitätsanleihen

Auf diese Entwicklung gibt es eine logische „Überlebensreaktion“. Misslingt die eigene Ausbildung einer handlungsfähigen Identität, dann liegt es nahe, sich eine solche zu „leihen“. Vorbilder haben Konjunktur. In strahlendes weißes Gewand gekleidete Päpste waren und sind solche Identitätslieferanten für überraschend viele junge Menschen. Neben Vorbildern haben auch „Führer“ neuerlich Konjunktur. Attraktiv erweisen sich mit diesen Anführern jene Bewegungen, welche versprechen, die Unübersichtlichkeit zu vermindern. „Komplexitätsreduktion“, von manchen (wie Lübke, Hermann: Religion nach der Aufklärung, Graz 1986) der Religion zugewiesen, wird zunehmend von säkularen Führungspersonen, Frauen wie Männer, geleistet. Populismus vereinfacht, mindert die Unübersichtlichkeit, verspricht einfache Lösungen für komplexe Probleme. Das verleiht manchen populistischen Bewegungen eine religiöse Aura und damit Attraktivität und argumentative Unantastbarkeit.

Mit dem Wunsch nach einfachen Erklärungen und Lösungen geht eine Ablehnung all jener einher, welche unbeugsam auf die Komplexität der Wirklichkeit verweisen und so die gesuchte Einfachheit in der Analyse und bei der Suche nach „Lösungen“ verunsichern. Mahnende Andersdenkende werden schnell zu Gegnern der eigenen psychischen Überlebensstrategien. Für solche gibt es keinen Respekt und keinerlei Toleranz, eher schon Hass und abwehrende Gewalt, deren grausames Ziel im äußersten Fall Beseitigung ist, wie es der Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker widerfahren ist. Multikulturelle Vielfalt wird als unerträglich erlitten und verworfen. Für „Pluralitätstoleranz“ (Hermann Stenger) ist man nicht geeignet.

Bekommt es eine solche Persönlichkeit dennoch mit „Anderen“ zu tun (anderen Meinungen im Land, mit Menschen, die aus anderen Kulturen kommen und eine andere Weltanschauung haben), dann gefährden diese die gesuchte oder auch gewonnene einfache Weltsicht. Um sich nicht verunsichern zu lassen, werden diese „Anderen“ bekämpft. Im Mittelalter wurden Scheiterhaufen

errichtet. Heute brennen mediale Scheiterhaufen, zu gewaltaffinen Protestdemonstrationen wird angefeuert, noch gar nicht bezogene Flüchtlingsheime abgefackelt, schutzsuchende Personen werden schutzlos angepöbelt und angegriffen; in sozialen Medien wird gnadenlos gehasst und gehetzt. Findet sich ein psychisch belasteter Mensch, von denen es in modernen Kulturen genug gibt, kommt es zu barbarischer „Gewalt gegen Personen und Sachen“.

Solche Gewalt zeigt sich zunächst in der Sprache; Postings bringen sie hemmungslos ans Licht. Der Weg von der Sprache der Gewalt zu ausgeübter Gewalt ist kurz. Dass populistische Führer sich gern der derben und gewaltaffinen Sprache bedienen, ist fahrlässig und macht diese zu Mitschuldigen an den kriminellen Gewalttaten in ihrem Umfeld. Das Ziel ist immer das gleiche: Es gilt verbal und brachial zu beseitigen, was die eigene überschaubare Weltsicht stört.

Solche Analysen über die psychische Verfassung einer wachsenden Zahl von Menschen besagen nicht, dass es in den modernen Entwicklungen keine realen großen Herausforderungen, ja selbst Bedrohungen gibt. Die Chancen, welche diese Entwicklung auch mit sich bringt, werden von den Populisten allerdings häufig ausgeblendet und manche von ihnen zugleich (wie die modernen Kommunikationsmittel) selbstverständlich genutzt.

Dieser erste Zugang deckt bereits auf, dass Rechtspopulismus gewiss mit „äußeren Gegebenheiten“ zu tun hat, noch mehr aber mit inneren Konstitution der Personen. Das kann allein daran erkannt werden, dass in ein- und derselben realen Weltentwicklung nicht nur Menschen gibt, die auf Vereinfachung angewiesen sind und deshalb Vielfalt fürchten, sondern andere, die durchaus Lust an der Vielfalt haben. Den Pluralitätsgegnern stehen Pluralitätsliebhaber entgegen, die in der Vielfalt einen kulturellen Reichtum sehen (so auch der Päpstliche Rat für Migration: *Erga migrantes caritas Christi*, Rom 2004). Die einen riskieren weltweite Öffnung, die anderen fordern sichernde Schließung. Die einen wehren ab, die anderen setzen sich ein. Die einen hetzen, die anderen helfen. Die einen fühlen vorwiegend Ärger, andere Sorge, die Dritten Zuversicht.

Es gibt zwei Texte aus dem Alten Testament, welche diese beiden kontrastierenden Optionen erzählerisch einfangen. In dem einen Text mauert sich die Stadt Jerusalem ein, im anderen erhält sie als offene Stadt einen virtuellen (also kraftvollen) „göttlichen Firewall“:

„Jetzt aber sagte ich zu ihnen: ‚Ihr seht selbst, in welchem Elend wir leben: Jerusalem liegt in Trümmern und seine Tore sind abgebrannt. Gehen wir daran und bauen wir die Mauern Jerusalems wieder auf! So machen wir unserer Schande ein Ende.‘“ (Neh 2,17)

„Da trat der Engel, der mit mir redete, vor und ein anderer Engel kam ihm entgegen und sagte zu ihm: ‚Lauf und sag dem jungen Mann dort: Jerusalem wird eine offene Stadt sein wegen der vielen Menschen und Tiere, die darin wohnen. Ich selbst - Spruch des Herrn - werde für die Stadt ringsum eine Mauer von Feuer sein und in ihrem Innern ihr Ruhm und ihre Ehre.‘“ (Sach 27-9)

Autoritarismus

Diese holzschnittartige Beschreibung der Hintergründe der Entwicklung vieler Europäischer Gesellschaften kann sich auf langjährige wissenschaftliche Studien zum sogenannten

„Autoritarismus“ stützen. Es war Theodor W. Adorno, der eine Erklärung dafür suchte, warum in der dunklen Zeit zwischen den beiden Weltkriegen große Teile der Bevölkerungen in Europa autoritär-faschistische Systeme in freien Wahlen gewählt und jahrelang engagiert unterstützt haben. Er nahm an, dass es in vielen Menschen dieser Zeit eine Bereitschaft zur Unterwerfung unter autoritäre Führer gegeben habe. Eben diese Unterwerfungsbereitschaft definierte er als „Autoritarismus“. Sie drückt sich knapp gefasst in der Aussage aus: „Recht hat, wer oben ist“. Oder auch im hingabevollen Leitspruch: „Führer befehl, wir folgen dir!“ Wie meine eigene Langzeitstudie „Religion im Leben der Österreicherinnen 1970-2010“ (Zulehner, Paul M.: Verbuntung. Kirchen in pluralistischen Gesellschaften, Ostfildern ²2012) belegt, war 1970 dieser Autoritarismus bei drei von vier Menschen in Österreich nach wie vor sehr ausgeprägt. Nach, vielleicht dank der Studentenrevolution minderte sich aber der Autoritarismus innerhalb eines Vierteljahrhunderts temporeich. Seit der Mitte der Neunzigerjahre aber steigen die Werte zumal bei jüngeren Menschen neuerlich an.

Dieser Autoritarismus ist, so die Studie an deutschen Männern 2008 (Volz, Rainer/Zulehner, Paul M.: Männer in Bewegung, Ostfildern 2009), an den politischen Rändern links wie rechts erheblich ausgeprägter als in der politischen Mitte. Das gilt zumindest für die Sympathisanten und Sympathisantinnen – in der damaligen Studie also für die NPD sowie für Die Linke.

In meiner Online-Umfrage zur Flüchtlingspolitik im Jahre 2015 (Zulehner, Paul M.: Entängstigt euch! Die Flüchtlinge und das Christliche Abendland, Ostfildern ³2016) hatte ich gleichfalls die Ausstattung der Befragten mit Autoritarismus erhoben. Dabei bestätigte sich, dass sich die autoritär gestimmten Menschen weitaus mehr einen starken Führer wünschen als die wenig-autoritär ausgestatteten Menschen. Zudem zeigen die Daten zugleich, dass autoritär gestimmte Menschen die AfD überdurchschnittlich unterstützen. Die Führenden der AfD und die gesamte Bewegung sammeln somit Menschen, denen die gegenwärtige Entwicklung „unübersichtlich“ und damit bedrohlich geworden ist und der gegenüber sie sich ohnmächtig allein gelassen erleben. Deshalb sie sind dankbar, dass sich jemand ihre Ängste und Verunsicherungen annimmt. Die gebildeten Führenden der AfD leisten damit den im Schnitt weniger gebildeten Personenkreisen einen - von diesen gesuchten - psychischen Dienst der Entlastung und Orientierung. Das erklärt Dankbarkeit, Zusammenhalt, Gefolgschaft, Treue zur Bewegung sowie Aggressivität gegen Andersdenkende in Wort und Tat. Den Führenden der AfD kommt dies zu Gute. Sie leihen einerseits den Verunsicherten eine Gruppenidentität, mit der diese wohl auch geraume Zeit das Auslangen finden. Ihrer Bewegung führt dies andererseits eine ansehnliche Anzahl von Modernitätsgegnern sowie Modernitätsverlierenden zu. Dass dies nicht dazu beiträgt, in den Mitgliedern der Bewegung eine autonome Identität aufzubauen, mag kritisiert werden. Für die Anhänglichkeit an die Bewegung und damit deren politischen „Schlagkraft“ (in des Wortes doppelter Bedeutung) ist diese „Unmündigkeit“ durchaus sehr nützlich.

Ängste

In all diesen Analysen schwingt bereits jene Thematik mit, welche die derzeitige politologische Diskussion nachhaltig prägt: Die Rolle der Ängste im persönlichen wie im politischen Leben. Dabei soll hier nicht ausführlich auf den komplexen Unterschied zwischen Angst und Furcht eingegangen werden. Nur so viel sei gesagt: Die meisten Menschen im Land unterscheiden alltagssprachlich

beide Gefühle nicht trennscharf voneinander. Sie scheinen ein Gespür dafür zu haben, dass sie mehr zusammenhängen als unterscheidbar sind. Die Begriffsgrenzen sind fließend. Wenn man schon unterscheidende Akzente setzen will, dann ist der Sitz der Ängste eher der Bauch, jener der Furcht hingegen der Kopf. Ängste sind oftmals gesichtslos diffus, die Furcht hingegen hat vielfältige Gesichter. Angst lähmt, Furcht macht handeln. Solche Furcht spielte einst und spielt auch heute im Überlebenskampf der Menschen eine wichtige Rolle. Das bescheinigt kulturanthropologische Forschung einhellig.

Biographische Ängste

Angst haben wir alle, so die Tiefenpsychologin Monika Renz (Renz, Monika: Erlösung aus Prägung, Paderborn 2008), in jedem Menschen lauert eine Urangst. Das ist ihre plausible Erklärung dafür:

In der Wärme und Geborgenheit des Mutterschoßes genieße für gewöhnlich das neue menschliche Lebewesen paradiesische Verhältnisse. Bei der Geburt hingegen werde es aus dem Paradies vertrieben. Eine Urangst stelle sich (trotz aller kreatürlichen Neugierde des lebenshungrigen Wesens) ein. Leben wird als verletzlich empfunden. Die „Erbsündenlehre“ des Ostens spricht von der Wunde des Todes.

Nun aber gelte es in einem lebenslangen Prozess, dem Tohuwabohu der Urangst festes Lebensland namens Urvertrauen abzugewinnen. Wer vertrauen lernt, kann glauben und lieben. Elterliche Menschen, die in einem „Raum geprägt von Stabilität und Liebe“ (Berger, Brigitte und Peter L.: In Verteidigung der bürgerlichen Familie, Frankfurt 1980) ihr Gesicht über dem Neugeborenen leuchten lassen (was Fromme ein Leben lang vom elterlichen Gott erhoffen), tragen dazu bei, dass Bindung und damit Vertrauen aufgebaut wird (Ahnert, Liselotte: Wie viel Mutter braucht ein Kind? Heidelberg 2010). Behält aber die Angst über das Vertrauen die Oberhand, dann greifen solche Personen zu Selbstverteidigungsstrategien. Die herausragenden sind: Gewalt, Gier und Lüge – oder politisch: Terror, Finanzgier, Korruption.

Den meisten Menschen gelingt es, im Laufe ihres Lebens liebende Menschen zu werden. Das schaffen sie, wenn und weil sich die Balance zwischen Angst und Vertrauen bei ihnen auf die Seite des Vertrauens neigt. Zeiten des Friedens und des Wohlstands sind gute soziale Bedingungen für ein solches Überwiegen des Vertrauens. Ob das Vertrauen die Oberhand behält, hat viel mit dem herrschenden gesellschaftlichen Klima zu tun.

Angstkulturen

Dieses Klima ist aber in heutigen Europa nicht vertrauensfreundlich. Der französische Politologe Dominique Moïsi (Geopolitics of emotion, München 2016) vermutet, dass Chindia „a culture of hope“ besitzt. In der Arabischen Welt beobachtet er terrorproduzierende „humiliation“. In Amerika gebe es seit 9/11 (2001) a „Culture of Fear“ (so das gleichnamige Buch von Frank Furedi, London 2002).

Europa wiederum habe sich regional unterschiedlich entwickelt und erst 2008 in einer „Angstkultur“ (Bude, Heinz: Gesellschaft der Angst, Hamburg 2014) wirklich „geeint“. Bis dahin gingen die beiden Hälften Europas verschiedene Gefühlswege. Westeuropa war nach dem Zweiten Weltkrieg eine aufblühende Hoffnungskultur. Hoffnungszeichen dieser Zeit waren:

Wirtschaftswunder, Europäische Einigung, dadurch für Europa einmalige siebzig Jahre Frieden. Die bis heute unbewältigte Finanzkrise und in deren Folgen die wirtschaftlichen Probleme vor allem im Süden Europas mit enormer Jugendarbeitslosigkeit haben in Westeuropa eine Angstkultur ausgelöst.

Anders Osteuropa. Dort kreierte die totalitären Systeme eine Kultur der Verdächtigung, der Überwachung, der allgegenwärtigen Ängste. Die samtene Revolution von 1989 befreite den Halbkontinent von dieser vierzigjährigen „babylonischen“ Gefangenschaft in einer Angstkultur. Hoffnung keimte auf: die Hoffnung auf politische und persönliche Freiheit, auf die Befreiung der Bürgerinnen und Bürger von der allgegenwärtigen Überwachung, auf Sicherheit und wirtschaftlichen Aufschwung inmitten der Europäischen Union, in die sie damals freudig hineindrängten.

Es war die Hoffnung auf einen neuen Patriotismus, der freilich allzu schnell in einen im Internationalismus des Kommunismus unterdrückten dumpfen Nationalismus kippte und der heute in vielen jungen Reformdemokratien von Ungarn ausgehend populistisch bewirtschaftet wird. Dieser Orbantische Nationalismus hat rasch um sich gegriffen und schuf eine seltsam anmutende Ambivalenz im Verhältnis zur Europäischen Union. Einerseits braucht man sie zum Schutz gegen den neuen realen oder befürchteten Imperialismus Russlands. Andererseits wird die Abhängigkeit von Moskau rasch durch eine gefühlte Fremdbestimmung durch Brüssel ersetzt. Im Versuch, die Herausforderung durch Frieden und Sicherheit suchende Kriegsflüchtlinge in Europa gemeinsam zu meistern, hat sich dies deutlich gezeigt. Die Vysegrádländer wehren sich, gemeinsam beschlossene Quotenregelungen in die Praxis umzusetzen. Eine „illiberale Demokratie“ gilt als Ziel politischer Reformen. Um die eigene Bevölkerung darauf einzustimmen, sind viele Mittel willkommen: Der Schutz des Christlichen Abendlandes vor dem Eindringen des Islam wird als „guter“ Grund der Verweigerung einer solidarischen Meisterung der Flüchtlingsfrage ebenso beschworen wie die Reinheit der Kultur der wieder erstandenen eigenen Nation. So sehr man den Europäischen Schutzschild will, die ökonomischen Vorteile sucht: so wenig sind osteuropäische Länder bereit, angesichts ihrer ohnedies großen ökonomischen Begrenzungen solidarisch Lasten mitzutragen. Manche sind dank ihrer prekären wirtschaftlichen Lage dazu auch gar nicht imstande.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass auch die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen, ein tiefer liegendes Probleme nicht lösen würde, sondern dieses lediglich ans Licht hebt: Flüchtlinge, die beispielsweise in Polen Asyl und mit diesem die Europäische Ansiedlungsfreiheit erhalten haben, ziehen binnen weniger Monate nach Deutschland oder nach England weiter. Die Sozialleistungen in Polen betragen in etwa ein Drittel der Leistungen in Deutschland. Wen wundert es, dass Flüchtlinge von Polen nach Deutschland weiterziehen, ja dass von Haus aus „Germany“, „Austria“ oder „Sweden“ von den wohl informierten Schutzsuchenden als bevorzugtes Fluchtziel angegeben wurden? Die Flüchtlinge decken also durch das Votum ihrer Füße das dramatische soziale Gefälle auf, das Europa als Solidargemeinschaft derzeit immer noch schwer belastet. Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass danke der Politik der Europäischen Union die Förderung der Regionen in den letzten Jahrzehnten große Erfolge zu verbuchen hat. Aber ebenso klar ist, dass

noch viele Aufgaben gemeistert werden müssen, bis die sozialen Unterschiede einigermaßen eingeebnet sind.

Politik der Angst

Seit 2008 herrsche, so Dominique Moïsi, in ganz Europa eine (freilich unterschiedlich eingefärbte) Kultur der Angst. Das begünstigt, dass es nunmehr immer mehr Menschen misslingt, im Balanceakt Angst-Vertrauen sich auf der Seite des Vertrauens zu halten. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine wachsende Zahl von Menschen von realen Befürchtungen, handfesten Sorgen und diffusen Ängsten belastet sind, hat zugenommen.

„Man muss die Ängste der Menschen ernstnehmen“, so lautet ein Standardsatz politischer Sonntagsreden.

Dieser Satz kann ein Zweifaches bedeuten: Man nimmt zwar die Ängste der Leute wahr, aber statt sie zu mindern, werden sie durch eine „Politik der Angst“ noch vermehrt. Die wahltaktische Absicht ist klar: Je mehr Ängste die Menschen haben, umso eher wählen sie eine populistische Angstpartei. Der Erfolg populistischer Bewegungen verdankt sich realen und irrealen Ängsten eines Teils der Bevölkerung.

Die Themen einer solchen Politik der Angst hat die Online-Studie 2015 deutlich aufgezeigt. Sie kreisen alle um „Abwehr“: abgewehrt werden äußerlich die schutzsuchenden Flüchtlinge, innerlich aber die eigenen Ängste und Sorgen. Stichworte einer „Politik der Angst“ sind: man muss Zäune errichten, Europa zur Festung ausbauen; die Kriminalität nehme zu, es kämen doch nur Wirtschaftsflüchtlinge, Krankheiten würden eingeschleppt, die Islamisierung des Christlichen Abendlandes drohe; wenn es so weitergeht, komme unaufhaltsam eine Katastrophe auf uns zu.

Diese „Politik der Angst“ hat ihre eigene Sprache. Sie meidet Gesichter, umgeht Worte wie Herausforderung, Bewältigung, Bereicherung. Es geht in den politischen Reden nicht um Menschen, die Sicherheit, Frieden und Schutz suchen. Von Lawinen, Strömen und Wellen ist ebenso die Rede wie vom Hochziehen von Schotten im Frachtraum des Schiffes Europa, welches durch das Eindringen der Flüchtlinge vom Untergehen bedroht ist. Geschürt wird der Verdacht des Missbrauchs von Sozialleistungen. Zur Eigenheit der Kommunikation unter Anhängern einer „Politik der Angst“ gehören Verschwörungstheorien sowie erfundene Gräueltaten (vgl. www.hoaxmap.de). Einzelfälle werden generalisiert. Nach Köln könne sich keine blonde deutsche Frau mehr auf der Straße vor männlichen, Testosteron-überfüllten Flüchtlingen sicher fühlen. Pfeffersprays und kleinkalibrige Waffen wurden über Nacht zu eintragsreichen Bestsellern.

Diese Politik hat in der Studie einen Schutzherrn, eine politische Gallionsfigur: Viktor Orban, Regierungschef in Ungarn, der am Rande einer Tagung der Regierungschefs der „Balkanroute“ im Österreichischen Fernsehen seine Teilnahme mit den Worten erklärte: „I am here only as observer.“

Politik des Vertrauens

„Man muss die Ängste der Menschen ernstnehmen“: Das kann auch bedeuten, die Ängste der Mensch wahrzunehmen und durch eine „Politik des Vertrauens“ abzumildern. In der Online-Studie

werden die entsprechenden Momente einer vertrauensbildenden Politik sichtbar. Stichworte sind: Integration (auf Zeit, auf Dauer), Sprache lernen, Wohnen in kleineren Einheiten, Zugang zum Arbeitsmarkt und entsprechende Ausbildung bzw. Anerkennung von mitgebrachten Qualifikationen, intensive Kommunikation mit der ansässigen Bevölkerung in Begegnungen und Festen. Die Grundstimmung einer solchen Politik ist Einsatz, das bewegende Grundmotiv: Wir schaffen es. Das macht die Autorin dieses Wahlspruchs, Angela Merkel, in ihrem Stehvermögen zur Leitfigur einer „Politik des Vertrauens“.

Eine solche vertrauensbildende Politik setzt sich engagiert für einen baldigen Waffenstillstand ein. Ihre Außenminister besuchen die am Krieg beteiligten Länder wie Saudi-Arabien und den Iran statt Grenzzäune in Mazedonien. Waffenlieferungen werden erschwert, auch wenn das der Waffenindustrie des Landes nicht dient. Es wird durch verlässliche Finanzierung des UNHCR sichergestellt, dass die Flüchtlinge in den riesigen Lagern rund um das Kriegsgebiet genug Nahrung haben und dass auch Bildung für Kinder und Jugendliche ermöglicht wird. Die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit mit dem nördlichen Afrika werden aufgestockt, um den verarmten Regionen Hoffnung auf ein Überleben in der Heimat zu geben. Schon jetzt wird an einem Marshallplan für Syrien gearbeitet. Nur wenn der Wiederaufbau des Landes rasch vorangeht und für diesen jetzt bei uns Asylsuchende großzügig ausgebildet werden, kann der Traum jener Frau in Erfüllung gehen, die mir erzählte, dass sie so sehr Sehnsucht nach ihren Aprikosenbäumen in Aleppo habe.

Vielfältige Bildung

Eine solche „Politik des Vertrauens“ ist durch eine breit gefächerte Bildung zu unterstützen. Dazu gehört Persönlichkeitsbildung, weil daseinskompetente ichstarke Persönlichkeiten eher eine „Politik des Vertrauens“ unterstützen als Verunsicherte und von sozialen Abstiegsängsten Bedrohte.

Hohe Dringlichkeit besitzt interreligiöse Bildung. Unsere Bevölkerung muss lernen, dass alle Religionen ambivalent sind. Keine Religion ist davor gefeit, sich in ihrem Handeln durch einen „Gott“, der ein Ebenbild ihrer Machtgelüste ist, zu rechtfertigen. Das haben die Europäischen Christen im Dreißigjährigen Krieg ebenso gemacht wie heute der Islamische Staat Gott in Misskredit bringt, statt ihm Kredit zu beschaffen. So wie das Christentum Krieg damals gegen das Christentum geführt hat, führt heute der Islam Krieg gegen den Islam (Navid Kermani). Es muss den Menschen durch religiöse Aufklärung klarwerden, dass das Wesen der großen Religionen Erbarmen und Gerechtigkeit ist, nicht Gewalt und Rache. Kriterium einer wahren Religion ist, dass Leben auf- und nicht umkommt.

Dazu wird es unverzichtbar sein, dass es für die heiligen Schriften der großen Religionen eine fachlich hoch entwickelte Exegese gibt. Die Suren des Korans, die der Prophet Muhammed in der Verfolgungszeit in Mekka verfasst hat, sind weit gewaltärmer als jene, die er in Medina schrieb, als er die Macht hatte, weite Teile Nordafrikas, Kleinasiens und Südeuropas zu erobern. Nicht Gott hat sich verändert, wohl aber dessen Einfärbung durch den historischen Kontext des Propheten. Ebenso unerlässlich ist es, den religiösen und den politischen Bereich zu trennen. Die Politik darf nicht mehr religiös legitimiert, das Ringen um Wahrheit nicht mit Waffengewalt ausgetragen

werden. Ohne eine „benigne Säkularisierung“ (Paul M. Zulehner in Anlehnung an Michael Balint) und verbürgte Religionsfreiheit wird es keinen Frieden in Gerechtigkeit geben.

Das Christliche im Christlichen Abendland

Auf dem Programm vieler Populisten in Europa steht „die Rettung des Christlichen Abendlandes“. Man mag verstehen, dass vielen die derzeitige Entwicklung des Christentums in Europa Sorge macht. Schon bald nach dem Krieg fragte der französische Religionssoziologe Emile Pin, ob Europa ein Missionsland sei (Pin, Emile u.a.: *Sociologie du christianisme*, Rome 1964). Historische Analysen zeigen, dass gerade die Verbindung des Christentums mit der politischen Macht, also „von Thron und Altar“, die nach der Kirchenspaltung 1517 zu einem der blutigsten Kriege in Europa geführt hat, die Reputation des Christentums in Europa nachhaltig beschädigt hat. Voltaire lehnte nicht die Religion für die Menschen ab, wohl aber die Kirchen, welche blutige Hände hatte. Später hat dann Jean-Baptiste le Rond d'Alembert eine Welt ohne Gott gefordert: Erst der Atheismus unterbinde die den Religionen innewohnende Gewalt und schaffe Raum für Frieden. Sein Anliegen erweist sich nach den GULAGs als historischer Irrtum. Es ist also das Christentum selbst, dass sich in Europa schwer und nachhaltig beschädigt hat. Dazu braucht es nicht andere Religionen, die mit Gastarbeitern ins Land gerufen wurden und welche Flüchtlinge mitbringen. Wenn also jemand das Christliche Abendland gefährdet hat, dann waren es in den letzten Jahrhunderten in Europa die Christen selbst. Dazu braucht es nicht Muslime. Diese decken freilich in ihrer Glaubensstärke die Schwäche des Christentums auf. Sind deshalb so viele Menschen aggressiv gegen Muslime, weil diese uns den Spiegel vorhalten, in dem wir unsere eigene Schwäche erkennen? Nicht der glaubensstarke Islam ist also das Problem Europas, sondern das glaubensschwache Christentum ist sich selbst das Problem.

Zwiespalt der Weltdeutungen

Die Flüchtlingspolitik von Viktor Orban und Angela Merkel unterscheiden sich erheblich. Nun sind aber beide Mitglieder einer christlichen Kirche. Allein dieses Beispiel zeigt, dass es Christinnen und Christen in allen Gefühlslagern gibt: sowohl bei den abwehrend-verärgerten Wutbürgern wie auch bei den zuversichtlich-einsatzbereiten Mutbürgern. Dabei ist die Aufteilung von Wut und Mut hier ziemlich provisorisch; manche sind ob ihrer Zuversicht wütend, andere in ihrer Wut mutig.

Die real gelebte „Religion“, noch mehr: jede „Weltanschauung“ erweist sich als höchst ambivalent gegenüber Angst und daran gekettet Ärger, Sorge oder Zuversicht. Dann können Christen und Atheisten wie in Dresden gemeinsam gegen Flüchtlinge demonstrieren, sie können sich aber auch dazu vereinen, für unbegleitete Flüchtlinge ein Haus zu bauen und deren Überlebenschancen gemeinsam zu sichern. Religion kann Angst mehren, Abwehr verstärken, zu Hass und Gewalt anstiften. Ebenso kann Religion entängstigen, zuversichtlich stimmen, zu handfester Solidarität führen. Wie Religion „wirkt“, hat offensichtlich neuerlich mit der psychischen Verfassung der jeweiligen Person zu tun. Alle scheinen ihrer Weltanschauung das zu entnehmen, was sie in ihrer Position „legitimiert“.

Dann lesen durchaus sehr gläubige, aber verängstigte Christinnen und Christen nur überkritische Analysen zum Islam und dessen heiligem Buch, was sie in ihrer angstgetränkten Position bestärkt. Aber auch die Zuversichtlichen finden im Koran Suren, die sie bestärken, im Islam eine

friedliebende und europakompatible Religion zu sehen. Eine Studie in Österreich belegt diese unterschiedliche Haltungen unserer Bevölkerung gegenüber dem Islam: neben Personen, die für einen breiten Religionsdialog eintreten, finden sich friedliche und aggressive Kulturchristen. Vor allem für die letzte Gruppe ist der Islam in sich gewaltförmig und nicht kompatibel mit Demokratie und Europäischen Werten. Deshalb sollten auch, so diese Gruppe, die christlichen Kirchen stärker gegen den Islam auftreten. (Zulehner, Paul M.: Verbuntung, Ostfildern ²2012)

Solch ein „Religionsgebrauch“ zeigt, wie enorm nicht nur der Islam, sondern alle Weltreligionen gefordert sind, ihre Ambivalenz zu erkennen und zu akzeptieren, auf diesem Weg ihre Anfälligkeit für Gewalt, Intoleranz und fehlendem Respekt vor dem Glauben anderer. Das erklärt, warum es besorgte Christen sowohl in PEGIDA/AfD (Pforzheimer Kreis; Christen in der Alternative für Deutschland) als auch in jenen Organisationen gibt, die sich für Flüchtlinge und deren Integration einsetzen.

Jede Religion braucht daher zu ihrer Reinigung eine fundierte und mutige Religionskritik. Alle Religionen benötigen für das Verstehen ihrer heiligen Bücher eine gediegene Exegese, die mit gläubigem Fingerspitzengefühl zu trennen vermag, was Gottes Wort und was menschliche Zutat ist (der Religionskritiker Tillmann Moser vermerkte im Radiohörspiel „Kain und Abel“: „Und Gott sprach – nein, es war nur der Priester!“). Wer das heilige Buch seiner Religion „fundamentalistisch“ liest, kann mit seiner Hilfe leicht seinen Hang zur Gewalt rechtfertigen: Das gilt für Muslime wie für Christen.

Islamophobie

Die Angst vor einer Islamisierung des Christlichen Abendlandes ist konstitutiv für populistische Rechtsbewegungen. Dabei erweist sich diese als weithin irrational. Es werden im Islam nur die Schattenseiten gesehen; die positiven Erfahrungen in der Geschichte (etwa zwischen den Mystikern beider Religionen in Südspanien) werden geflissentlich übergangen. Die Scharia wird als drohende Gefahr beschworen, wobei übersehen wird, dass die Scharia ein hochentwickeltes Rechtssystem ist, das gewiss vormoderne Momente enthält wie unser älteres ABGB ja auch: Die k.u.k. Monarchie hatte nach der Annexion von Bosnien-Herzegowina 1908 in Sarajevo eigens eine Akademie zur Ausbildung von Scharia-Richtern geschaffen. Dass Frauen im traditionellen Islam den Männern untergeordnet sind, dass die überkommenen Mittel des Strafens uns mittelalterlich anmuten, dass die Suren fundamentalistisch und ohne einen Hauch von aufklärerischer Exegese gelesen werden: Solches schaffen Fundamentalisten in Nordamerika auch. Zudem vertritt ein nicht unbeträchtlicher Anteil von Männern in unseren Europäischen Ländern laut eigener Studien durchaus traditionelle Rollenbilder von Mann und Frau. Junge Muslimas hingegen erweisen sich hinsichtlich ihres Frauenbildes unseren jungen Mädchen ebenbürtig (Zulehner, Paul M.: Muslimas und Muslime im Migrationsstress, Göttingen 2016). Sie haben auch einen ähnlich niedrigen Kinderwunsch wie die gleichaltrigen einheimischen Frauen. Die Angst, dass kinderreiche Flüchtlinge das kinderarme Europa gleichsam „niedergebären“, hat lediglich mit eingebildeten, nicht aber mit realen Muslimas zu tun. Diffuse Angst meidet die Realität. Sie macht blind und lähmt.

Es wäre freilich angebracht, würden wir Christen selbst ohne „Kampf gegen den Islam“ das verloren gegangene Christliche im Abendland neuerlich stärken. Dabei steht nicht in Frage, dass sich das Christentum selbst tiefgreifend entwickelt hat. Aus einer nahezu „sektoiden Gemeindeftheologie“ ist inzwischen eine wahrhaft katholische Religion geworden (Polak, Regina / Reiss, Wolfram [Hg.]: Religion im Wandel. Transformation religiöser Gemeinschaften in Europa durch Migration, Wien 2015), postkonfessionell, universell, nicht mehr exklusiv heilspessimistisch, sondern inklusiv heilsoptimistisch. Im Folgenden stelle ich einige Stichworte zum Stärken des Christlichen im Abendland zusammen und mache zu ihnen knappe Anmerkungen (mehr dazu in neueren Texten von Polak, Regina: Migration: Herausforderung für Theologie und Kirche, in: Diakonia 42 (2011), 150-157).

Postkonfessionell katholisch

Das Christentum sorgt sich heute nicht mehr um ihre eigenen Mitglieder. Es ist nicht nur eine Weltreligion, weil es auf der ganzen Welt verbreitet ist, sondern weil es Licht und Salz (Mt 5,13f) für alle Menschen in der einen Welt ist. An den Christen kann abgelesen werden, was Gott mit allen vorhat: das ist ihre „Mission“. So besehen ist das Christentum in einem postkonfessionellen Sinn dabei, wieder wirklich postkonfessionell-katholisch zu werden, also alle Menschen zu umfassen. Es lehrt unnachgiebig, dass alle Menschen Ebenbilder Gottes sind, der Atheist ebenso wie die Muslima oder der Jude. Die Formel lautet: „Weil nur ein Gott ist, ist jede eine, jeder einer von uns.“ Der an der türkischen Küste angeschwemmte dreijährige Bub Aylan Kurdi ist also einer von uns. Thema jeder Weltreligion ist daher die eine Menschheit in dem einen gemeinsamen „Welthaus“ (oikos).

Solchem transnationalen Universalismus steht jegliche Abschottungspolitik entgegen; Nationalismus verträgt sich nicht mit ihm. Die Christen sehen letztlich in der heutigen Einung der Menschheit ihren vielen Kulturen und Weltdeutungen eine schon im Pfingstfest angedeutete Vorahnung vom vollendeten Zustand der Welt in der von der Vergänglichkeit geheilten Schöpfung. Alle sind längst eins geworden im auferstandenen Christus, der das Haupt der Schöpfung sein wird und dank der Auferweckung entgrenzt von Raum und Zeit alle und alles (also den gesamten Kosmos) an sich ziehen kann, was ihn zum „kosmischen Christus“ macht.

Nächstenliebe ohne Obergrenzen

Aus der tiefen Verwobenheit aller Menschen in der einen Menschheit Gottes folgt auf der ethischen Handlungsebene die Ausrichtung aller Menschen auf universelle Solidarität. Die Verantwortung füreinander kennt keine Grenzen. Auch keine Obergrenzen: wobei das Problem für viele verängstigte Bürgerinnen und Bürger ja nicht primär die großen Zahlen von Schutzsuchenden waren, sondern die anfangs nicht geschaffte Ordnung beim Zuzug.

Dass Nächstenliebe grundsätzlich keine Grenzen kennt, ist freilich unter den Christen nicht unumstritten. Manche mögen es ja auch nicht, wenn sie in der Eucharistiefeier hören, dass das Blut Christi „für alle“ vergossen ist. Sie bevorzugen das „für viele“, und meinen entgegen die biblische Grundausrichtung „nicht alle“. Leute, die in der Flüchtlingspolitik Obergrenzen brauchen, tendieren auch zu einem Heilspessimismus, der nur die Christgläubigen ein-, damit aber die Mehrheit letztlich ausschließt. Sie haben Augustinus und seine theologisch unhaltbare

Behauptung, dass am Ende der Zeiten aus der großen Menge der „massa damnata“ nur einige wenige gerettet sein werden, noch nicht überwunden.

Natürlich ist eine solche universelle Solidarität nicht blauäugig und nicht unrealistisch. Auf dem Weg des Handelns ist sie an die raum-zeitlichen Möglichkeiten gebunden. Aber eine solche Bindung nimmt ihr nicht ihre Dynamik. Es ist immer mehr möglich, als wir in unserer Verzagtheit, aber auch ängstlichen Selbstbezogenheit für möglich halten. So sind im reichen Europa, zumindest in dessen reichen Regionen, die Möglichkeiten zum Teilen längst nicht ausgeschöpft. Niemand hat bislang auf seinem Lohnzettel wegen der Flüchtlinge auch nur einen einzigen Cent weniger. Es könnte auch durchaus einen Solidaritätszuschlag für Flüchtlinge geben. Dazu müsste sich freilich politisch herumsprechen, dass sich Solidarität nicht mit der Wahrung übermäßigen Reichtums auf dem Rücken armer Teile der Menschheit verträgt.

Wirkliche Christen und viele Menschen guten Willens ringen darum, dass es immer mehr Menschen auf der Welt gut geht. So arbeitet etwa die UNO in ihren Milleniumsprogrammen dafür, dass weniger Menschen in der Einen Welt hungern, zu Trinken haben und in Würde überleben können. Sie zeigt damit, was alles möglich ist, wenn kleine Ziele gesetzt und konsequent schrittweise umgesetzt werden. Christlich und humanistisch ist nicht, dass alle Ziele erreicht werden, sondern dass solche gesetzt und mit vollem Einsatz angestrebt werden. Das macht eine „Politik des Vertrauens aus“, die sich dem Christlichen verdankt. Ihr Ziel ist aber nicht, die Illusion aufrecht zu erhalten, dass Europa auf Dauer eine Insel des Reichtums inmitten einer Wüste der Armut bleibt. Der „Globale Marsch“, der sich schon in den Neunzigerjahren angekündigt hat, ist in Gang gekommen:

„Große Wanderbewegungen sind vorhersehbar, und das nicht nur aus Gründen der politischen, rassistischen oder religiösen Verfolgung, sondern um des wirtschaftlichen Überlebens willens. Solche Wanderbewegungen werden künftig in Europa nicht nur aus dem Osten in den Westen, sondern noch mehr aus dem Süden in den Norden stattfinden. Die demographische Entwicklung ist im Süden der Erde eine andere als im Norden. Bis Mitte des kommenden Jahrhunderts werden die Bewohner der heutigen Industrieländer nicht einmal mehr 20% der Weltbevölkerung stellen. Das schafft einen enormen Bevölkerungsdruck, der in Verbindung mit fehlender Chancengleichheit sowie von Tyrannei und Unterdrückung massive Auswanderungswillen in Richtung Norden auslösen wird, die sich nicht eindämmen lässt.

Unsere Nachkommen werden vermutlich Massenwanderungen ungekannten Ausmaßes erleben. Dieser Prozess hat bereits begonnen, denken wir nur an die boat-people aus dem Fernen Osten, an die Mexikaner, die illegal in die Vereinigten Staaten kommen, und an die Asiaten und Afrikaner, die nach Europa drängen. Man kann sich unschwer ausmalen, dass im Extremfall unzählige ausgehungerte und verzweifelte Immigranten mit Booten an den Nordküsten des Mittelmeeres landen werden.“ (King, Alexander u.a.: Die globale Revolutio,. Spiegel Spezial 2/1991: Bericht des Club of Rome 1991, 42f.)

Theologisch durchaus hochgebildete Christinnen und Christen, die populistischen Rechtsbewegungen etwas abgewinnen können, geben diesen bereitwillig Schützenhilfe. Sie beschwören gern die Unterscheidung von Max Weber zwischen Gesinnungs- und

Verantwortungsethik, übersehen dabei aber, dass der große Soziologe die Ausrichtung der politisch Verantwortlichen an der Gesinnung fordert. Werden aber, wie es in manchen politischen Disputen geschieht, die Gesinnung den Kirchen und ihrer Caritas/Diakonie und die Verantwortung der Politik zugewiesen, kann daraus leicht eine gesinnungslose Politik folgen. Das führt in manchen Ländern dazu, dass im Christentum verwurzelte politische Parteien nicht mehr als christlich und sozialistische Parteien nicht mehr sozialistisch wahrgenommen werden. Gerade engagierte Christen kündigen ihnen dann jahrzehntealte Gefolgschaft auf. Hoffnung macht, dass in solchen Parteien, die ihre „Werte“ der Angst, nicht von einer Mehrheit gewählt zu werden opfern, zumindest junge Parteimitglieder protestieren.

Von manchen Theologen wird betont, dass viele Aufforderungen der Bibel zur Nächstenliebe auf die eigenen armen Gemeindemitglieder zielen. Diese (und man denkt hinzu: nur diese) wären die „Geringsten“ der Brüder Jesu. Das mag für die Entstehungszeit solcher Texte zutreffen. Etwa auf die Gerichtsrede in Mt 25,35, wo es heißt: „Ich war fremd und obdachlos, und ihr habt mich [nicht] aufgenommen“. Die Absicht dieses Textes war, den unsozialen Frommen in der Matthäusgemeinde klarzumachen, dass man nicht an den Armen vorbei in das Himmelreich kommt. Eine solche gemeindliche Eingrenzung auf die Gemeindemitglieder trifft aber nicht mehr für die Rezeptionsgeschichte dieser Gerichtsrede zu. Der Ordensgründer Benedikt verpflichtet beispielsweise seine Kommunitäten mit der Gerichtsrede zur Aufnahme von Fremden als Gäste, die nach dem dritten Tag sogar mitzuarbeiten haben – also einen Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen; er meint nicht die Mitglieder vorbeireisender Mönche aus anderen Abteien. In anderen kirchenamtlichen Texten ist dies bis heute ebenso der Fall. Offenbar trifft hier zu, was Jesus ankündigte, dass der Geist Gottes die Seinen in die Tiefe der Wahrheit einführen wird. So, wie die Kirche heute zumal in vielen ihrer engagierten Mitglieder unter der Einwirkung des Heiligen Geistes die überkommenen biblischen Texte liest, stehen diese nicht mehr für eine provinzielle Stammeskultur, sondern für eine universelle Weltkultur der handfesten solidarischen Liebe. Just der Österreichische Bundespräsident Heinz Fischer, der sich selbst als Agnostiker deklarierte, musste den Katholischen Frauen beim letzten Fastensuppenessen in der Hofburg erklären, dass nach seinem vorexegnetischen Verständnis das Gebot der Nächstenliebe natürlich auch und gerade für die angekommenen Schutzsuchenden gilt. Denn spätestens durch ihre erzwungene Flucht und ihre Ankunft bei uns seien sie zu unseren Nächsten geworden.

Es ist im Übrigen erfreulich, dass sehr viele Menschen in unseren modernen Ländern durchaus zumindest grundsätzlich zum Teilen bereit sind. Anders ist der enorme Einsatz von Ehrenamtlichen aller Altersgruppen nicht erklärbar. Allerdings ist die in Umfragen erhobene Bereitschaft zur Solidarität in unserer Kultur eine Solidarität im Modus des Wünschens und zudem auf die Mitglieder unserer „kleinen Lebenswelten“ mikrosolidarisch fokussiert. Auf dem langen Weg zur solidarischen Tat erstickt der Wunsch laut Studien aus den Neunzigerjahren (Zulehner, Paul M. u.a.: Solidarität. Option für die Modernisierungsverlierer, Innsbruck 1992) in einem Dschungel vielfältiger Ängste. Angst entsolidarisiert. Je größer daher die Angst, desto geringer die Fähigkeit zu Solidarität.

Von Ängsten heilen

Damit stoßen wir auf den wohl gewichtigsten Beitrag der christlichen Kirchen in unseren Angstgesellschaften. Wenn es Ängste sind, die entsolidarisieren, die moderne Welt aber auf die Solidarität der Bürgerinnen und Bürger dringlich angewiesen ist, dann steht und fällt die Zukunft mit der Verringerung von Ängsten. Das gelingt nicht durch gnadenloses Moralisieren, das in manchen Kirchen vor allem seit der Aufklärung praktiziert wurde und nach wie vor geübt wird. Von der Angst muss der Mensch aus zuvorkommender Gnade geheilt werden. Das verlangt nach einem Wandel von einem moralisierenden zu einem therapeutischen Christentum. Für ein solches haben sich Søren Kierkegaard, Eugen Drewermann, Eugen Biser, Benedikt XVI. unermüdlich eingesetzt. Für Papst Franziskus macht heilendes Erbarmen die Mitte des pastoralen Auftrags der Kirchen aus. Die Kirche nimmt also die Menschen nicht in den Gerichtssaal mit, sondern ins Hospital. Sie ist wie ein Feldlazarett der Menschheit (Papst Franziskus). Das macht sie in der Nachfolge des Heilands zum Heil-Land (Markus Beranek).

Wird den christlichen Kirchen aberwartet, dass sie von Ängsten heilt, muss zugleich beklagt werden, dass sie in der Vergangenheit selbst oftmals gnadenlos Angst in der schwerwiegenden Form von Heilsangst erzeugt haben. Zugleich lehrten sie freilich auch unverdrossen, dass ohne wirkliche Liebe die Heilung von den Wunden (damit die Vergebung von Sünden), welche die Sünderinnen und Sünder anderen und sich selbst beifügen, nicht möglich ist.

Gesichter

Die stärkste heilende Wirkung setzen Begegnungen frei. Solche werden jenen geschenkt, die wahrhaft lieben – sich also verausgaben, ohne etwas zurückzuverlangen. Selbst die sozialwissenschaftliche Forschung unterstützt diese Zusammenhänge. Gemeinden, in denen Flüchtlinge aufgenommen werden, gibt es weit weniger Ängste vor und Abwehr von schutzsuchenden Flüchtlingen als in jenen Gemeinden, die niemanden aufgenommen haben (Österreich hilfsbereit, Pressekonferenz zur Studie vom 17.6.2016). Christliche Kirchen haben dank ihrer netzwerkförmigen Organisationsdichte eine gute Chance, vielfältige heilende Begegnungen herbeizuführen, in Festen und Feiern, aber auch in konkreter Sorge um Sprache, Wohnen und Arbeit. Das hat inzwischen schon viele Kirchengemeinden erneuert, ihr Leben vertieft, ihre satte Bürgerlichkeit schwinden lassen. Solche Gemeinden ziehen auch wieder junge Menschen an.

Dass Begegnungen zum Abbau von Ängsten und zum Mut zur Solidarität von hoher Bedeutung sind hat mit der gläubigen Vermutung zu tun, dass in jedem Menschen ein goldener Kern steckt, von Gott eingeschaffen. Der gläubige Sinn des Lebens besteht darin, diese Fähigkeit zur Liebe ein Leben lang auszubauen, also buchstäblich nach Meister Eckhart „zu werden, was wir sind“: liebende Menschen.

Bei nicht wenigen Menschen ist aber dieses liebesfähige Herz durch biographische und kulturelle Ängste vermauert. Eine Begegnung von Gesicht zu Gesicht kann bewirken, dass es in diesem Mauerwerk, das die im Grunde Liebesfähigen in der Enge (angustia auf Lateinisch) der Angst festhält, Risse gibt und damit Liebe freigesetzt wird. Wer kann sein liebesfähiges Herz nicht fühlen, wenn ein 13jähriges Mädchen namens Narges aus Südafghanistan unter Tränen erzählt: „Hier in Stams“ (ein Ort in Nordtirol) „kann ich zum ersten Mal in die Schule gehen“. Diese Narges – eine

von uns: ist jetzt einem Land entronnen, in dem Mädchen nicht in die Schule gehen dürfen. Als ich ihr begegnete, war mir einfach zum Mitweinen. Vor Freude.